



2009/44 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2009/44/900>

900

Von **Jörn Schulz**

<none>

»Wir haben entschieden, den Plan, den Magna für uns hatte, zu modifizieren«, sagte die spanische Gewerkschafterin Ana Sanchez. Auch ihr Kollege José Juan Arceiz betrachtet die Verhandlungen mit dem kanadisch-österreichischen Unternehmen als Erfolg: »Wenigstens hat die Fabrik nun eine Zukunft, das war nicht der Fall, als wir vor fünf Monaten die Verhandlungen begannen.« Die meisten Beschäftigten im Opel-Werk in Figueruelas nahe Zaragoza scheinen diese Ansicht zu teilen. Sie stimmten am Donnerstag der vergangenen Woche der Vereinbarung mit Magna zu. Derzeit arbeiten 7 000 Menschen in der Fabrik, Magna hatte 1 350 Stellen streichen wollen, nun sollen 900 Arbeitsplätze wegfallen. Überdies garantiert Magna, dass die Fabrik mit 70 Prozent der derzeitigen Kapazität weiter arbeiten soll, ursprünglich sollte ein größerer Teil der Produktion nach Deutschland verlagert werden. Die spanischen Gewerkschaften hatten mit einem Streik gedroht, haben sich nun aber auf einen Deal eingelassen, der den bereits geschlossenen Vereinbarungen mit den Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern ähnelt. Stellen werden gestrichen, jedoch in geringerem Ausmaß als von Magna ursprünglich angekündigt. Ob diese Vereinbarungen von Magna bei einer länger andauernden Krise der Autoindustrie eingehalten werden, ist zweifelhaft. Für den geplanten Verkauf von Opel an Magna und die staatliche russische Sberbank ist die Einigung in Spanien jedoch ein wichtiger Schritt. Die beiden Unternehmen hatten den Zuschlag auch bekommen, weil sie versprachen, mit den deutschen Opel-Betrieben besonders schonend umzugehen. Weder die damalige Bundesregierung, die den Verkaufsplan vehement unterstützt hatte, noch die IG Metall zeigten größeres Interesse für die Opel-Betriebe in anderen europäischen Ländern. Dass dieses Problem durch den Abschluss von Abkommen mit den dortigen Gewerkschaften nun gelöst oder zumindest vertagt wurde, wird wohl auch die Haltung der Europäischen Kommission beeinflussen. Denn die staatlichen Subventionen in Höhe von 4,5 Milliarden Euro verstoßen eigentlich gegen die Wettbewerbsregeln der EU. Wenn nun aus anderen europäischen Staaten kein Widerspruch gegen den Deal mehr zu hören ist, dürfte die Kommission keinen Grund sehen, sich mit den einflussreichen Deutschen anzulegen.